



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/157

2. November 1949

Mehr Mut in der Gesetzgebung

-dt. In Hamburg hat der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz ausgesprochen, was in Bonn bisher niemand zu sagen gewagt hat. Minister Albertz hat gesagt, die mächterne Wirklichkeit stelle die Frage, ob man in Westdeutschland endlich allgemein aus der Lage die Folgerungen ziehen und die vielberedete "Freiheit der Person" des wirtschaftlich Stärkeren zugunsten der durch den verlorenen Krieg geschaffenen harten Notwendigkeiten revidieren solle.

Das ist ein kühnes Wort, denn es rüttelt an dem kaum unter Dach und Fach gebrachten Grundgesetz, aber Albertz, Pastor, Minister, Sozialist und Flüchtling in einer Person, hat, daran ist nicht zu zweifeln, lange gewogen, ehe er wagte.

Länger als vier Jahre hat man sich in den Landtagen bemüht, der Flüchtlingsnot mit Gesetzen der überlieferten Art Herr zu werden. Die Volksvertreter, die diesen Gesetzen zugestimmt haben, glaubten sicherlich, ein gutes Werk getan zu haben, das beste Werk, das unter den obwaltenden Umständen zu tun war.

Hier liegt der grosse Irrtum. Bei all diesen Gesetzen, deren guter Wille nicht in Zweifel gezogen werden soll, ging man von dem später im Grundgesetz verankerten Rechtssatz aus, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien und dass, wie es im Artikel 2 des Grundgesetzes heisst, jeder das "Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit" habe. Vier Jahre Praxis dürfte aber schon manchem den Gedanken nahegebracht haben, dass man mit diesen teuer erkauften und in normalen Zeiten unabdingbaren Postulaten wohl menschenfreundliche Gesetze, aber keine Grundlage für die Behebung eines Notstandes schaffen kann. Gäbe es nicht die Gleichheit vor

dem Gesetz, dann hätte der Bauer Exlmann in Brochtersen wahrscheinlich eine Weile nachgedacht, ehe er die Flüchtlingsfrau Nauder mit

Handen bis zum Umfallen hetzen liess. Der Bauer in Hessen, der die bei ihm untergebrachten Flüchtlinge bei lebendigem Leib in ihrer

Wohnung einmauerte, hat sicherlich kaum mit einer unvorhergesehenen Schärfe des Gesetzes gerachnet. Wie vielen Millionen Flüchtlingen

ist überhaupt die Möglichkeit gegeben, von ihrem verbrieften Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit Gebrauch zu machen? Es dürf-

te wenig Sinn haben, solche schönen Gesetze zu machen, ohne die Voraussetzungen für ihre Handhabung zu schaffen. Ein kluger Mann hat

einmal gesagt, dass man einen Menschen wie mit einer Axt, auch mit einer Wohnung erschlagen könne, nur dauere es länger. Das ist der

beste Kommentar zu Artikel 2, Abs.2 des Grundgesetzes, dass jeder das Recht auf Leben und körperliche Unverletzlichkeit habe. Vor kur-

zem hat ein Flüchtling in Schleswig-Holstein seine fünf Kinder und sich selbst aus Not umgebracht - auch diese sechs Menschen waren

vor dem Gesetz gleich und hatten, Welch ein Hohn, das Recht auf freie Entfaltung.

Die Gleichheit vor dem Gesetz und die freie Entfaltung der Persönlichkeit, bis in die letzte Konsequenz durchgeführt, haben es zu-

stande gebracht, dass Hunderttausende von Flüchtlingen heute noch in Elendsbaracken zusammengepfercht sind, während innerhalb eines Jahres

Abermillionen Mark in Luxusgeschäfte gesteckt worden sind. Das Flüchtlingslager Ulzen hat drei Jahre lang auf moderne Geräte zur

Untersuchung von Geschlechts- und Lungenkranken warten müssen, weil der Staat kein Geld hatte, während in den Grosstädten Nachtlokale

mit einer halben Million Mark Aufwand gebaut wurden. Aus dem Ausland müssen wir uns sagen lassen, dass bei uns ein Luxus getrieben wird,

der im schreienden Widerspruch steht zu ^{der} Not hinter den Verkaufspalästen und Luxusbars.

Gleiches Recht bedeutet in vielen Fällen krasses Unrecht, es verurteilt die Flüchtlinge dazu, mit der Not vorlieb zu nehmen; ihr

verbrieftes Recht wird mit Mildtätigkeit abgegolten, während die Glücklicheren in ihren Vorrechten geschützt bleiben. Die Gesetzgeber

geben sich alle Mühe, die wiedererhöhte Menschenwürde in jedem Gesetz zu verankern und sie übersehen in ihrem Eifer, dass nirgends die Men-

schenswürde so mit Füssen getreten wird, wie in den Elendsquartieren der Ostvertriebenen. Man hat das Gefühl, dass viele Gesetze für die

Gartenlaubezeit gemacht werden, während wir in einer Sturmzeit leben.

Nicht gleiches Recht für alle, sondern Sonderrechte für die Vertriebenen solange, bis die materiellen Unterschiede zwischen Vertriebenen und einheimischer Bevölkerung einigermaßen ausgeglichen sind - so muss die Forderung zur Stunde heissen. Nicht Berlin und Schleswig-Holstein, sondern ganz Westdeutschland ernenne man zum Notstandsgebiet und begrenze mit mutigen Gesetzen die Entartungserscheinungen der "freien Entfaltung der Persönlichkeit" dort, wo sie mit diesem Notstand kollidieren...

Es ist ein heikles Gebiet, das sei zugegeben, und es gehören nicht nur Mut, sondern ebensoviel Verstand und Herz dazu. Solange man aber nicht wenigstens einige revolutionäre Gedanken in die Gesetzgebung bringt, wird man des Notstandes nicht Herr werden. Es kann sonst geschehen, dass die Flüchtlinge die Revolution selbst durchführen, dass sie sich eines Tages ohne Gesetz mehr nehmen, als ihnen rechtzeitige und zeitgemässe Gesetze gewährt hätten.

Österreichs Linksblock hat die Auszeichnung

-s, Wien, Anfang November

Nach den Nationalrats- und Gemeindewahlen hat es in Österreich die Wahlen in die Arbeiterkammern gegeben. Es handelt sich dabei um eine gesetzlich verankerte Pflichtorganisation der Arbeitnehmerschaft, die die Beachtung der sozialen Gesetze überwacht und in Wirtschaftsfragen durch Stellungnahme und Initiativenträge ein gewichtiges Wort mitspricht.

Weniger als zehn Prozent der österreichischen Arbeiter und Angestellten haben bei diesen Wahlen für den Linksblock gestimmt.

Selbst in den russischen USIA-Betrieben haben trotz Terror und Beeinflussung die Linksblockler nur Minderheiten erreicht; in Erdölzistersdorf z.B. 1.586 Stimmen (neben 3.022 der SPÖ und 521 der Volkspartei) in Mödling, wo die Brunner Glasfabrik, ein Russenbetrieb, entscheidend ist, hatten sie 1.549 Stimmen (neben 4.686 SPÖ- und 912 ÖVP-Wählern.)

Der Linksblock war 1949 unter Mitwirkung des von der Sozialisti-

schen Partei ausgestossenen Nationalrates scharf gegründet worden. Nur durch dieses Täuschungsmanöver gelang es, überhaupt in das Parlament zu kommen. Allein, ohne Verschleierung, hätten die Kommunisten in keinem Wahlbezirk die etwa 20.000 Stimmen erreicht, die in Österreich als Basis des "Grundmandates" für den Einzug in den Nationalrat notwendig sind.

Die Wahlen in die Arbeiterkammer waren ein eindeutiger Sieg der Sozialisten; das Gesamtbild ist, in Mandaten gesehen, so:

	<u>SPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>Linksblock</u>	<u>WdU</u>
Wien	100 (bisher 87)	21 (22)	16 (35)	7 (0)
Niederösterreich ¹⁾	78 (42)	16 (12)	15 (18)	- 2)
Burgenland	39 (32)	8 (8)	1 (8)	- 2)
Steiermark	75 (60)	9 (23)	10 (25)	16 (0)
Kärnten	53 (41)	0 (14)	3 (17)	18 (0)
Oberösterreich	60 (68)	14 (24)	5 (16)	33 (0)
Tirol ³⁾	38	13	1	11
Salzburg	39 (32)	9 (10)	2 (6)	22 (0)
Vorarlberg	22 (23)	15 (20)	1 (5)	10 (0)

1) In Niederösterreich wurde die Anzahl der Mandate auf 112 (bisher 72) erhöht

2) In diesem Bundesland nicht zur Wahl angetreten

3) Vergleichszahlen wegen Veränderungen nicht gegeben.

Für den Linksblock waren also die Kammerwahlen ein noch grösserer Vorsager als die Wahlen zum Nationalrat. Im Burgenland (einer

Provinz von fast 260.000 Einwohnern) haben diesmal nur 655 Anhänger den Linksblock gewählt; das ist das Ergebnis eines Anschauungsunter-

richtes unter dem Einfluss der Besatzungsmacht im östlichsten Bundesland Österreichs. Dabei hatten die Kommunisten vorher von einer

"Korrektur" der Nationalratswahlen durch die Kammerwahlen gesprochen. Es wählten doch nur Arbeiter und Angestellte, nicht der Mittelstand,

keine bürgerlichen Schichten, keine Ländarbeiter; es war Industrie, Handel und Gewerbe, wo der Linksblock eine Domäne zu haben glaubte.

Nun, die Korrektur ist erfolgt, wenn auch in einem anderen Sinne.

Zum Wählerfolg der "Wahlpartei der Unabhängigen" haben die Volksdeutschen viel beigetragen, die diesmal alle wählen konnten, während zur Nationalratswahl nur wenige schon Eingebürgerte zugelassen waren.

Das Sicherheitsventil der katholischen Unternehmer

sp. Der Bund Katholischer Unternehmer hat sich kürzlich in Bad Nauheim mit den sozialpolitischen Beschlüssen des Bochumer Katholikentages, vor allem mit der Resolution über die Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes beschäftigt. In der Frage, wie die katholischen Unternehmer das Mitbestimmungsrecht auslegen wollen, haben sie lediglich Klarheit darüber geschaffen, dass sie vorerst keine Klarheit wünschen. Dagegen wünscht man eine Diskussion über das Mitbestimmungsrecht mit berufsständischer Tendenz, die sich über Jahre strecken und steuern lässt. Dass man den baldigen Beginn einer solchen Diskussion - in dem vom Katholikentag geplanten Gremium von 10 Arbeitgebern und 10 Arbeitnehmern - "fordert", dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich auch die katholischen Unternehmer der Gefahr bewusst sind, überrannt zu werden, wenn sie nicht wenigstens pro forma etwas tun.

Für die ausserbetriebliche Mitbestimmung hat der B.K.U. einen Wirtschaftsrat vorgeschlagen, dem auf Bundes- und Länderebene die Spitzen des Industrie- und Handelskammertages, der Wirtschaftsführung, Verbände der Arbeitgeber und der Gewerkschaften angehören sollen. Als Querverbindung zwischen diesen Säulen soll ihm die Aufgabe zufallen, "die berufsständische Mitbestimmung auf überbetrieblicher Ebene in Praxis und Gesetzgebung der Wirtschaft und Sozialpolitik vorzubereiten". Ein solcher Wirtschaftsrat soll nicht paritätisch, sondern überwiegend von Unternehmern besetzt sein. Dieser Wirtschaftsrat wäre nur ein Diskutierclub und der B.K.U. wird niemandem zuzumuten wollen, etwas anderes darin zu sehen, als ein Sicherheitsventil der katholischen Unternehmerschaft gegenüber den sozialpolitischen Forderungen der katholischen Arbeitnehmer.

Die sozialpolitischen Beschlüsse des Bochumer Katholikentages, das politische Bekenntnis des linken Flügels der CDU sind zur Zeit Gegenstand innerpolitischer Machtkämpfe dieser Partei. Arnold wusste, was er tat, als er in Bochum die Resolution über das Mitbestimmungsrecht völlig unprogrammässig früh veröffentlichte und damit jede Interventionsmöglichkeit durch den unversehens auftauchenden Dr. Adenauer ausschaltete. Die Tagung in Bad Nauheim ist der Versuch, der Sache ein anderes Gesicht zu geben. Zwar bekannten sich auch die Un-

2.11.1949

nehmer "zur Mitverantwortung, Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeiter im Betriebe", als Richtlinie bestimmte man aber nicht die

Bochumer Beschlüsse, sondern die Rede von Papst Pius XII. vom 7. Mai 1949 vor katholischen Unternehmern in Rom, sowie die Schrift von

Cardinal Frings "Verantwortung und Mitverantwortung in der Wirtschaft". Danach soll in einer berufsständischen Ordnung die wirtschaftliche

Entscheidung endgültig vom Arbeitgeber gefällt und verantwortet werden.

Der Versuch einer Korrektur der Bochumer Beschlüsse im Sinne der Unternehmer ist also gelungen. Wie weit er auf die innerpartei-

lichen Auseinandersetzungen in der CDU Einfluss haben wird, muss sich noch erweisen. Der Bund Katholischer Unternehmer, als Körperschaft

bedeutungslos, wird jedoch versuchen, seine Auffassung in massgeblicheren Kreisen durchzusetzen. Man kann nur gespannt sein,

wie die Sozialausschüsse der CDU auf diese Einstellung ihrer Parteifreunde reagieren werden, die die Absicht haben, die Bochumer For-

derungen über diesen "Wirtschaftsrat" auf das tote Gleis zu schieben.

M.

Umsiedlung der Polen-Deutschen abermals gefährdet

sp. Die Umsiedlung der in Zentralpolen und in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands lebenden Deutschen ist nach

den neuesten Informationen so gefährdet, dass sie fast illusorisch geworden zu sein scheint. Der Hauptgrund dafür ist darin zu sehen,

dass das Internationale Rote Kreuz in Warschau, das die Umsiedlung vorbereitet hat, nach einer Forderung der polnischen Regierung ab-

berufen werden soll. Die Polen haben schon seinerzeit auf das Ansinnen, die Deutschen umzusiedeln, sehr unwillig reagiert, weil sie

billigere und oft auch bessere Arbeitskräfte gar nicht bekommen können. Die Deutschen dort sind recht- und wehrlos und müssen um

der Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse jede Arbeit verrichten. Da das Rote Kreuz bei der Umsiedlungsaktion einen gewissen

Einblick in die Behandlung dieser Deutschen bekommen hat, bzw. weiter bekommen würde, würden die Polen einer gewissen Kontrolle

unterworfen sein, der sie sich entziehen wollen. Es ist auch kaum anzunehmen, dass irgend eine andere Organisation, etwa ein Caritas-

Verband, in der Lage sein wird, wirksam an die Stelle des Roten Kreuzes zu treten.

Die Polen erklären jetzt schon allen Deutschen, wie man Berich-

ten Entflohenen entnehmen kann, dass keine Aussicht auf Umsiedlung bestehe und dass ihnen nichts anderes übrig bleibe, als für Polen zu optieren.

Aus dem noch verbliebenen einzigen Durchgangslager für diese Deutschen in Unsfeld bei Breslau, durch das alle Zivildeutschen geschleust werden, für die ein Antrag auf Umsiedlung gestellt ist, werden neuerdings immer wieder vor allem arbeitsfähige Kräfte durch die Polen mit unbekanntem Ziel fortgeschafft. Bisher sind aus Polen 10.000 Deutsche umgesiedelt worden.

Es spricht leider vieles dafür, dass das polnische Beispiel auch in der Tschechoslowakei Schule macht.

(m/1/211/hs)

Rejcin noch in Funktion. (sp.) In der letzten Zeit aufgetauchte Gerüchte, wonach der frühere sudetendeutsche Kommunist Friedrich Reizinger (jetzt Bedrich Rejcin), der von Moskau als Kontrolleur für die Bolschewisierung der tschechischen Armee eingesetzt war, in Ungnade gefallen sei, haben sich nicht bestätigt. In dem offiziellen Bericht über die Eröffnung der neuen Militärschule zur Heranbildung kommunistischer Arbeiter für die Offizierslaufbahn wird unter den offiziellen Gästen auch "Oberst B.Rejcin" neben Divisionsgeneral Prochaska als Stellvertreter des Kriegsministers General Svoboda genannt. Svoboda feierte in seiner Ansprache den Marxismus-Leninismus als die beste Waffe.

(b/S.81/211/hs)

Kriegsgefangene als politische Häftlinge

sp. Alle in der Tschechoslowakei bestehenden Kriegsgefangenenlager wurden im Laufe der letzten Monate aufgelöst und die Kriegsgefangenen den tschechischen Justizbehörden übergeben, die sie als "politische Gefangene" ansehen und behandeln. Ehemalige deutsche Kriegsgefangene befinden sich in den Strafanstalten Walditz bei Jitschin, Pankraz bei Prag, Mirau bei Olmütz und in Filsen. Die Strafanstalt Walditz bei Jitschin übergab schon im Sommer dieses Jahres nahezu 600 ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die in der Anstalt als "politische Häftlinge" geführt wurden, der sowjetischen Erzbergbau-AG Joachimsthal, die sie, erneut in Straflagern zusammengefasst, im Uranbergbau einsetzt. In Walditz verblieben weiterhin ca. 600 Deutsche.
